

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/128

9. Juli 1973

Laßt endlich die Waffen schweigen!

Helsinki darf nicht mehr um den Erfolg gebracht werden

Seite 1 / 35 Zeilen

Bilanz der ersten Steiner-Woche

Anmerkungen zum Zwischenergebnis der Untersuchungen

Von Wolfgang Jansen
Sprecher der SPD-Fraktion des Bundestages

Seite 2 und 3 / 70 Zeilen

Bessere Ausbildung für Berufskraftfahrer

Ab 1. Januar 1974: Neue Berufsausbildungsverordnung

Von Ernst Haar MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr

Seite 4 und 5 / 53 Zeilen

Laßt endlich die Waffen schweigen!

Helsinki darf nicht mehr um den Erfolg gebracht werden

Punkt 10 des gemeinsamen Kommuniqués, das die 35 Außenminister zum Abschluß der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)" verabschiedet haben, lautet: "Die Minister gaben der Entschlossenheit ihrer Regierungen Ausdruck, zum Erfolg der weiteren Arbeit der Konferenz beizutragen."

In Helsinki, der ersten Phase dieser großen und großartigen Bemühungen um mehr und dauerhafte Sicherheit und um bessere und engere Zusammenarbeit, ist gute Arbeit geleistet worden. Auch wenn man sich, als gebranntes Kind, vor Euphorien hütet und mit der gebotenen Zurückhaltung an die Beurteilung von Helsinki herangeht, wird man aufatmend sagen können, daß man der zweiten Konferenzphase in Genf mit der Beruhigung entgegensetzen sollte, die die Menschen Europas 28 Jahre nach dem Ende des zweiten Völkermordens nun wirklich für sich in Anspruch nehmen können.

Helsinki, als Begriff für diese Friedenssehnsucht und Friedenserwartung gesehen, muß dann aber auch, wenn die Beruhigung der Menschen in Europa nicht schon im Anlaufen wieder gestört oder gar zerstört werden soll, auch im europäischen Alltag praktiziert werden. Die neuen Schüsse an der Berliner Mauer, die begreiflicher- und berechtigterweise tiefe Empörung ausgelöst haben, widersprechen aber Helsinki. Sie widersprechen vor allem dem Punkt 10 des Schlußkommuniqués, in dem alle beteiligten Regierungen freiwillig die Verpflichtung auf sich genommen haben, zum Erfolg der weiteren Arbeit der KSZE beizutragen.

Zu dieser Arbeit gehört integriert der humanitäre Aspekt. Helsinki dient zuvörderst den Menschen. Alle Menschen in Europa wollen aber Frieden, und alle Menschen in Europa appellieren an alle Regierungen in Europa, endlich die Waffen schweigen zu lassen. Helsinki darf um unser aller wegen nicht mehr um den Erfolg gebracht werden.

(ee/9.7.1973/bgy/ee)

+ + +

Bilanz der ersten Steiner-Woche

Anmerkungen zum Zwischenergebnis der Untersuchungen

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der SPD-Fraktion des Bundestages

Die Vernehmung des FDP-Abg. Karl Geldner hat noch einmal die Atmosphäre der vergangenen Legislaturperiode beschworen, in der man Abgeordneten sagen konnte, sie seien eine Million wert, ohne es zu wissen, und in der man ungeniert versuchen konnte, Abgeordnete mit sechsstelligen Summen zum Verlassen der einen und mit einer Mandatsgarantie für mehr als ein Jahrzehnt zum Eintritt in die andere Partei zu bewegen. Deutlich geworden ist auch der Unterschied zu früheren Übertritten: Nicht der von Gewissenszweifeln getriebene Abgeordnete selbst wandte sich an eine andere Fraktion, in die er eintreten wollte; vielmehr wurden massive Abwerbungsversuche mit handfesten Versprechungen gemacht. Schon deshalb sind Vergleiche mit früheren Fraktionsübertritten wie bei Nellen oder Stammberger völlig fehl am Platze.

Zu dem Fall, der Anlaß zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses wurde, hat es bisher nur Vorspiele gegeben, die aber dennoch bedeutungsvoll und wichtig sind. Schon jetzt beginnt sich abzuzeichnen, daß möglicherweise Aussage gegen Aussage stehen kann und deshalb ist die Frage der Glaubwürdigkeit von besonderer Bedeutung. Zweifel drängen sich auf.

Das Zeugen-Ehepaar Baeuchle will zwar wissen, daß Karl Wienand mit ihnen unter sechs Augen abstrakt von Geld gesprochen haben soll. Bei der Unterhaltung mit Steiner aber war Frau Baeuchle ohnehin nicht anwesend und Hans-Joachim Baeuchle will diskret das Zimmer verlassen haben, als das Gespräch sich seiner Meinung nach finanziellen Dingen zuwandte. Konkretes also hat er nicht gehört.

Für die Bewertung seiner Aussage ist nicht uninteressant, daß insgesamt 15.000 DM als Gegenleistung gezahlt wurden. Baeuchles Version, er habe nur aus Zorn über Wienands Fernseh-Äußerung Angaben vor der Presse gemacht, wurde in der Vernehmung widerlegt: Schon zehn Tage vor der Fernsehsendung hat Frau Baeuchle für 3.000 DM dem Chefredakteur der "Südwest-Presse" Rede und Antwort gestan-

den - und zwar mit Wissen ihres Mannes -, und Baeuchle selbst gab einen Tag vor der Fernsehsendung Auskünfte, die der "Stern" anschließend abgedruckt hat. Daß dabei auch von Geld die Rede gewesen ist, und zwar von Geld, das der "Stern" an Baeuchle zahlen sollte, bewies ein nicht ausgefülltes Honorar-Formular, das Baeuchle dem Ausschuß vorwies. Überraschend bekundete Frau Baeuchle, Wienand habe über seine Schwierigkeiten als Nachlaßverwalter seines Freundes Bosse gesprochen, obwohl aktenkundig nachweisbar ist, daß Wienand niemals eine derartige Aufgabe wahrgenommen und also wohl auch nicht darüber geredet haben kann.

Auch das, was man über Steiner hörte, gibt Anlaß zum Zweifel. Das CSU-Mitglied Haunschildt bekundete, Steiner habe ihm gesagt, er habe sich dem CDU-Abg. Dr. Marx anvertraut. Marx bestreitet das entschieden. Einer von ihnen muß also die Unwahrheit gesagt haben; entweder Steiner oder Haunschildt oder Marx. Ähnlich ist es mit den Angaben, die Haunschildt über Steiners Erzählungen in Sachen Moersch machte. Der Staatssekretär selbst konnte nachweisen, daß die Aussage nicht zutraf. Bei einem Gespräch soll auf eine Algerien-Reise von Moersch Bezug genommen worden sein, die tatsächlich zum Zeitpunkt des Gesprächs noch gar nicht stattgefunden hatte. Damit ist Moersch aus dem Obligo, und es bleibt erneut die Frage, wer die Unwahrheit sagte: Steiner oder Haunschildt. Berücksichtigt man zusätzlich, daß Haunschildt gar kein Interesse daran haben konnte, beim BND angebliche Steiner-Märchen zu erfinden, so bleiben die Zweifel an Steiner hängen. Vielleicht kann dieser Punkt bei der in dieser Woche bevorstehenden Vernehmung Steiners näher aufgeklärt werden.

Bleibt noch eines anzumerken: In einem Interview der "Bild"-Zeitung vom 17. Juni soll Baeuchle wörtlich erklärt haben: "Wir sprachen darüber, daß ein CDU-Abgeordneter, wenn er gegen Barzel stimmen würde, mit Nachteilen zu rechnen habe." Baeuchle dagegen behauptet, derlei nie gesagt und immer nur von den Ostverträgen gesprochen zu haben und bietet als Beweis eine Tonbandaufnahme seiner Äußerungen gegenüber "Bild" an. Wenn Baeuchle diesen Beweis tatsächlich führt, ergibt sich der Schluß, daß "Bild" die Aussage Baeuchles selbst erfand und eine Äußerung Baeuchles wörtlich zitierte, die dieser niemals getan hat. Ein neuer Fall für den Presserat?

(-/9.7.1973/bgy/ex)

+ + +

Bessere Ausbildung für Berufskraftfahrer.

Ab 1. Januar 1974: Neue Berufsausbildungsverordnung

von Ernst Haar MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr

Die wachsende Bedeutung der Straßentransporte für die moderne Industriegesellschaft hat zu erhöhten Anforderungen an das Fahrpersonal geführt. Den Fahrern von Lastkraftwagen und Kraftomnibussen sind Menschenleben und hohe Sachwerte anvertraut. Sie müssen fern vom Betriebsitz ihres Arbeitgebers im In- und Ausland selbständig Entscheidungen treffen und mit Behörden, Kunden und Fahrgästen verhandeln. Ihr Verhalten beeinflusst darüber hinaus auch in starkem Maße die Verkehrssicherheit.

Um die Leistungsfähigkeit dieses Berufsstandes zu verbessern, seine Attraktivität und seine soziale Sicherheit zu erhöhen, sowie einen Beitrag zur Steigerung der Verkehrssicherheit zu leisten, hat die Bundesregierung eine Verordnung über die Berufsausbildung zum Berufskraftfahrer erarbeitet.

Die Berufskraftfahrer-Ausbildungsordnung enthält ein Ausbildungsberufsbild, das auf den Fernfahrer im internationalen Güter- und Personenverkehr abgestellt ist. Das Ausbildungsberufsbild läßt dem Bewerber die Wahl zwischen den Fachrichtungen Güter- und Personenverkehr. Danach soll die Ausbildung der Anfänger und der bereits in diesem Beruf Tätigen durchgeführt werden. Für die Anfängerschulung ist eine Dauer von zwei Jahren vorgesehen, an die sich eine Abschlußprüfung anschließt. Wer die Abschlußprüfung in einer dieser Fachrichtungen bestanden hat, gilt als Berufskraftfahrer.

In beiden Fachrichtungen kommt es auf drei Gruppen von Fertigkeiten und Kenntnissen an: 1/ Technische Kenntnisse über Fahr-

zeuge und Fahrzeugteile, Fertigkeiten der Wartung und der Durchführung einfacher Reparaturen. 2/ In der Fachrichtung Güterverkehr, Warenkunde, Güterbehandlung und Umgang mit Kunden; in der Fachrichtung Personenverkehr Kenntnisse und Fertigkeiten im Umgang mit Kunden und Fahrgästen. In beiden Fachrichtungen sind Kenntnisse bezüglich der Formalitäten (Zoll- und Haftungsfragen) erforderlich. 3/ Kenntnisse für den Erwerb der Fahrerlaubnis der Klassen 2 und 3, des Straßenverkehrsrechts in den Nachbarstaaten und der Verkehrssicherheitslehre.

Im Beruf tätige Fahrer, die mindestens vier Jahre lang Fahrzeuge der Klasse 2 hauptberuflich geführt haben, werden zur Abschlußprüfung zugelassen. Für sie ist keine Ausbildung in der Verordnung vorgeschrieben. Sie werden Gelegenheit erhalten, sich durch einen Fortbildungskurs auf die Abschlußprüfung vorzubereiten, um auf diesem Weg die Anerkennung als Berufskraftfahrer und damit als Facharbeiter zu erhalten.

Als Übergangsregelungen sind Prüfungserleichterungen für Kraftfahrer vorgesehen, die vor dem Inkrafttreten der neuen Ausbildungsordnung sogenannte Fahrmeisterprüfungen beim Verkehrsinstitut in Quelle bei Bielefeld bestanden haben. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft wurde gebeten, bei den Beratungen über die geplante Novelle zum Berufsbildungsgesetz die Möglichkeiten weiterer Übergangsregelungen zu prüfen.

Davon unabhängig ist vorgesehen, die Berufskraftfahrer-Ausbildungsordnung zum 1. Januar 1974 in Kraft zu setzen. Dadurch soll sichergestellt werden, daß mit der Verbesserung der Attraktivität und der Leistungsfähigkeit dieses Berufsstandes möglichst schnell begonnen werden kann. (-/9.7.1973/bgy/ex)